EUROPE OUR JOB!

Inhalt

- EU-Parlament lehnt strengere RDE-Abgasprüfungen ab
- IG Metall Branchenausschuss Stahl zu Gesprächen in Brüssel
- EU-Kommission für mehr Kontrolle bei Kfz-Zulassung
- Betriebliche Altersvorsorge als Sozialleistung erhalten
- EU-Parlament untersucht Abgasskandal

EU-Parlament lehnt strengere RDE-Abgasprüfungen ab

Das Plenum des Europäischen Parlamentes hat am 3. Februar 2016 mit knapper Mehrheit gegen eine verschärfte Reform der Kfz-Abgasprüfung unter realen Fahrbedingungen gestimmt.

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hatte von der Kommission einen strengeren Gesetzesvorschlag zur Abgasprüfung unter realen Fahrbedingungen (Real-Driving-Emissions – RDE) gefordert. Mit einer knappen Mehrheit von 323 zu 317 Stimmen wurde diese Forderung nun abgelehnt. Die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten hatten sich für die Annahme des Antrages ausgesprochen, die Christdemokraten lehnten ihn mehrheitlich ab. Direkt vor der Abstimmung hatte die EU-Kommission betont, bis spätestens 2023 eine vollständige Angleichung der RDE-Prüfwerte an die Werte unter Laborbedingungen erwirken zu wollen.
Das Abstimmungsergebnis macht den Weg frei für die Umsetzung des zweiten "RDE-Pakets", das neue Grenzwerte für Stickoxidemissionen vorsieht. Bevor die RDE-Testverfahren jedoch endgültig umgesetzt werden können, sind weitere technische Details zur genauen Gestaltung der Prüfungen zu klären. Zwei weitere Gesetzespakete hierzu sollen folgen. Am 23. Februar steht im Umweltausschuss eine öffentliche Anhörung zum RDE-Testverfahren auf dem Programm.

IG Metall Branchenausschuss Stahl zu Gesprächen in Brüssel

Am 28. Januar 2016 tagte der Branchenausschuss Stahl der IG Metall in Brüssel. Die Betriebsratsvorsitzenden und Gewerkschaftssekretäre trafen sich dort zu Gesprächen mit EU-Europaabgeordneten.

Der IG Metall Branchenausschuss Stahl kam zu Besuch in die EU-Hauptstadt, um sich dort mit Abgeordneten des Industrieausschusses unter anderem zum Thema des umstrittenen Marktwirtschaftsstatus' für China auszutauschen. Im Dezember 2016 laufen bestimmte Sondervereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO) mit China aus, die es der EU erlauben, Strafzölle gegen gedumpte chinesische Waren zu erheben, da China bislang nicht als Marktwirtschaft anerkannt wird.
Betroffen sind vor allem Produkte der Industriezweige Stahl, Chemie und Keramik. Rund 250.000 Jobs dieser Industrien werden EU-weit derzeit gegen Dumping aus China abgesichert.
Die Debatte um die Frage einer Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus' für China wurde am 1. Februar 2016 offiziell im EU-Parlament eröffnet. Die Abgeordneten sprachen sich mehrheitlich für einen Kompromiss aus, der sowohl die guten Beziehungen zu China aufrechterhalten, als auch den europäischen Binnenmarkt vor den Billigimporten aus China schützen soll. Die sozialdemokratischen Abgeordneten forderten die EU-Kommission dazu auf, vor jeglicher Entscheidung eine Folgenabschätzung und eine öffentliche Konsultation zur Thematik durchzuführen. Mit einer Entscheidung der Kommission in dieser Frage ist nicht vor dem zweiten Quartal 2016 zu rechnen.

EU-Kommission für mehr Kontrolle bei Kfz-Zulassung

Die EU-Kommission hat am 27. Januar 2016 einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der eine grundlegende Überarbeitung des Zulassungssystems für KfZ vorsieht. Nun müssen EU-Parlament und Mitgliedstaaten dazu Stellung beziehen.

Nach aktuellen Regelungen entscheiden nationale Prüfbehörden über die Marktzulassung eines Fahrzeugs. Auch die Einhaltung von EU-Vorschriften durch die Hersteller überwachen derzeit allein nationale Stellen. Der neue Vorschlag der EU-Kommission sieht ein gemeinsames Überwachungsgremium vor, bestehend aus Vertretern der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten. Dadurch soll die europäische Aufsicht verbessert und das System unabhängiger werden. Gleichzeitig schlägt die Kommission die Einführung schärferer Emissionsprüfungen im praktischen Fahrbetrieb vor. Mitgliedstaaten und die Kommission sollen Fahrzeuge, die bereits auf dem Markt sind, stichprobenartig prüfen dürfen. Entsprechen die Fahrzeuge nicht den EU-Regeln oder sind aus sicherheits- oder umwelttechnischen Gründen bedenklich, könnte frühzeitig darauf reagiert werden, so die Kommission. In einem nächsten Schritt wird das EU-Parlament den Kommissionsvorschlag diskutieren. Federführend ist der Binnenmarktausschuss.

• Pressemitteilung und weitere Informationen der EU-Kommission

Betriebliche Altersvorsorge als Sozialleistung erhalten

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EU-Parlamentes (ECON) hat am 25. Januar 2016 Stellung bezogen zum Gesetzesvorschlag über das Betriebsrentensystem. Eine EU-weite Vereinheitlichung soll verhindert werden.

Der ECON-Ausschuss hat für entscheidende Korrekturen des überarbeiteten Richtlinienvorschlages über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) gestimmt. Damit sendet er ein deutliches Signal für den Fortbestand der betrieblichen Altersvorsorge und der Besonderheiten der nationalen Betriebsrentensysteme. Die EU-Kommission hatte sich ursprünglich für ein europaweit einheitliches Pensionssystem ausgesprochen, um einen Binnenmarkt für EbAV zu schaffen. Die Abgeordneten des ECON fordern hingegen, dass lediglich Minimalstandards auf europäischer Ebene festgelegt werden, um den nationalen Gestaltungsspielraum zu erhalten.
Für die deutsche Metall- und Elektroindustrie ist das Thema Betriebsrentensystem von großer Wichtigkeit, denn gerade in dieser Branche ist die betriebliche Altersvorsorge überdurchschnittlich weit verbreitet. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, äußert sich positiv zum Abstimmungsergebnis im ECON: "Die Europaabgeordneten haben sich klar dafür ausgesprochen, die Betriebsrente als Sozialleistung zu erhalten. Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sind keine Finanzdienstleister und dürfen nicht durch neue Eigenmittelvorgaben belastet werden. Das würde die betriebliche Altersvorsorge in Deutschland erheblich verteuern und unattraktiver machen – ohne zusätzlichen Sicherheitsgewinn für die begünstigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer."
Im nächsten Schritt werden Vertreter der drei EU-Institutionen über die ECON-Stellungnahme im Trilogverfahren diskutieren, bevor das Parlament und Rat über den Gesetzesakt endgültig entscheiden.

EU-Parlament untersucht Abgasskandal

Der Untersuchungsausschuss des EU-Parlamentes zu Abgasmessungen in der Automobilindustrie kann mit seiner Arbeit beginnen: Am 21. Januar 2016 benannte das Parlament die 45 Mitglieder des Gremiums.

Zu den Mitgliedern des neu eingerichteten parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Abgasskandals gehören die deutschen Europaabgeordneten Ismail Ertug (SPD), die Vorsitzende der Grünenfraktion Rebecca Harms, die CDU-Abgeordneten Jens Gieseke und Sven Schulze sowie der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel (ehemals AfD). Vorsitz und Stellvertreter werden voraussichtlich Ende Februar 2016 festgelegt.
Der Ausschuss soll vor allem möglichen Versäumnissen der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit den Kfz-Emissionsmessungen nachgehen. Er richtet sich nicht an Praktiken bestimmter Unternehmen, sondern hat als Untersuchungsgegenstand das Fehlverhalten staatlicher Stellen. So erklärte Ausschussmitglied Ismail Ertug: "Das Mandat des Ausschusses richtet sich nicht gegen einzelne Hersteller, sondern

soll klären, wer bereits vor Bekanntwerden der Abgasaffäre von manipulierten Tests wusste und Lücken und Schwachstellen in den bestehenden Regelungen aufspüren."

• Pressemitteilung des EU-Parlaments

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de

Newsletter bestellen Newsletter abbestellen

IG Metall Vorstand